



**HSGB**  
HESSISCHER STÄDTE-  
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessischer Landtag  
Die Vorsitzende des Sozial- und Integrationspoliti-  
schen Ausschusses  
Frau Sabine Bächle-Scholz MdL  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Referent Herr Dr. Rauber  
Abteilung 1.2  
Unser Zeichen 1.2-Dr.R

Telefon 06108 6001-20  
Telefax 06108 6001-57  
E-Mail [hsgeb@hsgeb.de](mailto:hsgeb@hsgeb.de)

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom

Datum 14.04.2025

## Schriftliche Anhörung zum

### **Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten für ein Zehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs Drucks. 21/1580**

Sehr geehrter Frau Ausschussvorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir. Wir bitten dringend,  
den Gesetzentwurf nicht zu beschließen.

Der Gesetzentwurf ist im Ansatz verfehlt. Eine durch eine Soll-Regelung für den Regelfall vorgegebene Bildung einer Elternvertretung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft ist nicht erforderlich. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, wie die antragstellende Fraktion zur Diagnose einer lückenhaften und unkoordinierten Interessenvertretung kommt, wie sie die Gesetzesbegründung pauschal behauptet (S. 3 der Drucksache).

Die Beteiligung der Eltern muss in diesem Bereich in erster Linie in der Tageseinrichtung erfolgen, da deren Gestaltung angesichts der gesetzlich gewollten Trägervielfalt je nach Trägerschaft und Konzeption sehr unterschiedlich ist. Eine Reihe von Mitgliedsstädten und

**Hessischer Städte- und Gemein-  
debund e.V.**  
Henri-Dunant-Str. 13  
D-63165 Mühlheim am Main  
Telefon 06108 6001-0  
Telefax 06108 6001-57

**BANKVERBINDUNG**  
Sparkasse Langen-Seligenstadt  
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31  
BIC: HELADEF1SL5  
Steuernummer: 044 224 00204

**PRÄSIDENT**  
Markus Röder  
**ERSTER VIZEPRÄSIDENT**  
Dr. Johannes Hanisch  
**VIZEPRÄSIDENT**  
Matthias Baaß

**GESCHÄFTSFÜHRER**  
Johannes Heger  
Dr. David Rauber  
Harald Semler

Gemeinden hat auf Grundlage einer eigenen kommunalpolitischen Beurteilung für ihr Gebiet einrichtungsübergreifende Gesamtelternbeiräte gebildet. Auch unser Satzungsmuster weist auf diese Möglichkeit und die möglichen Aufgaben eines solchen Gremiums hin.

In der deutlichen Mehrzahl der Städte und Gemeinden wäre die Zwangsvorgabe zur Bildung solcher Gremien allerdings auch deshalb verfehlt, weil nur eine überschaubare Anzahl an Tageseinrichtungen vorhanden ist. Anlassbezogen und in geeigneten Fällen beteiligen die Kommunen die Elternvertretungen der jeweils betroffenen Einrichtungen. Zudem bestehen immer auch die Möglichkeiten, Anliegen über die breit und im Ehrenamt getragene Kommunalpolitik niedrigschwellig weiterzugeben. Da der Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder deutlich überwiegend aus den allgemeinen Deckungsmitteln der Kommunen mitfinanziert wird, muss der jeweils erforderliche Interessenausgleich letztlich durch die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene und letztverantwortliche Vertretungskörperschaft bewerkstelligt werden.

Daher sehen wir auf kommunaler Ebene weder Notwendigkeit noch Rechtfertigung für eine solche Zwangsvorgabe.

Die Umsetzung des Gesetzentwurfs wäre vollständig vom Land zu finanzieren, denn sie würde einen Ausgleichsanspruch der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art. 137 Abs. 6 HV auslösen.

Mit freundlichen Grüßen

**gez. Dr. Rauber**

Dr. David Rauber  
Geschäftsführer